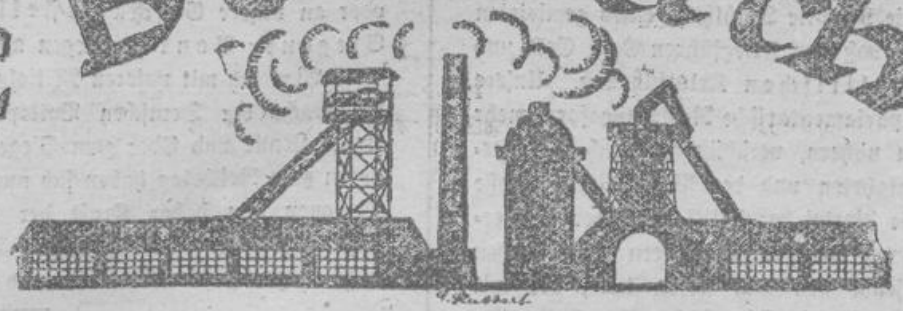
Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beteilt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 29. Mai 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30. bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	22. Folge

Aufruf an die Siegerländer!

Am 6. Juni wird unser deutsches Volk seine Schicksalsstunde erleben. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen werden es zeigen, ob der Geist der Arbeit und Ordnung, der gute alte Bürgergeist wieder zur Anerkennung kommen, oder ob Deutschland weiter seiner Auflösung ausgeliefert werden soll. Wer den Pulsschlag des Lebens zu fühlen vermag, der fragt in diesen Tagen und Wochen bekümmert: Wo bleibt das Bürgertum, ist es tot, oder schläft es nur? Weiter Kreise der Bevölkerung hat sich durch die ungeheuren Fehler unserer Parteienregierung jenes Gefühl bemächtigt, das wir am zutreffendsten mit Staatsverdrossenheit bezeichnen möchten. Insbesondere haben weite Kreise in der Frauenwelt und zwar in allen Parteien schnell die Verantwortungsfreudigkeit für ihr junges Staatsbürgertum, das sich im Wahlrecht ausdrückt, verloren. Wir sind überzeugt, daß die sozialistischen Parteien es noch in letzter Stunde erreichen werden, daß aus ihren Reihen nicht nur Mann um Mann, sondern auch Frau um Frau den Weg zur Wahlurne finden. Der Klassencharakter dieser Parteien erzeugt eine Disziplin, die in nichts der „militärischen" nachgibt. Das Bürgertum lehnt es ab, nur eine Klasse zu sein und darin liegt für den Wahlkampf unverkennbar eine Schwäche. Eine Klassenpartei wird stets mehr Stoßkraft haben. Umso mehr erwächst allen Angehörigen und Freunden der Deutschen Volkspartei die Pflicht, die Schlafenden zu wecken und die Müden und Lauen aufzurütteln, wo es gilt, den deutschen Staat national und sozial neu aufzubauen. Da sind sie alle nötig, der Arbeiter und Unternehmer, der Bauer und Städter, der Gelehrte und Ungelehrte, der Reiche und Arme, der Alte und Junge. Das Bürgertum soll zum ersten Male in der Parteigeschichte den Rhythmus und die Kraft des Massenschritts versuchen. Zu diesem Bürgertum zählen wir auch jeden Arbeiter, jede Arbeiterin, die die nationalen Gefahren der Volkszerklüftung und Volksverhetzung erkannt haben, und wissen, daß nur die Gemeinschaftsarbeit und der Gemeinschaftswille eine verjüngte Volksgemeinschaft schaffen kann. Nicht: hie Bürger, hie Arbeiter! sei die Losung, sondern Arbeit, Ordnung, Liebe zum Vaterland seien die Zeichen, in denen der Bürgergeist den Sieg über den Klassenkampf und Parteigeismus davon tragen soll.

Das Siegerland, dessen landschaftliche Schönheit und natürlicher Reichtum an Schätzen über und unter der Erde uns zeigen, wie sehr der Himmel diesen Landstrich gesegnet hat, — das Siegerland, in dem sich auch der Arbeiter bürgerlicher Bodenständigkeit erfreut — unser Siegerland, wo die Ehrfurcht vor Dem, der über uns waltet, noch nicht ausgestorben ist, wo noch jeden Abend die Lieder, die der Volksmund geschaffen hat, aus den Höhen ins Tal erklingen: **Dieses Siegerland ist uns zu schade, um es dem Terror der Faust und des politischen Wahnsinns auszuliefern!** Wir wehren uns gegen die politischen Gifte, die von Landfremden hier eingeführt werden. Wir können hier nur eine Politik gebrauchen, die nicht Gottes ewige Gesetze umstoßen will, die dem Staate und dem Bruder helfen will, und wir verbitten uns jede politische Agitation, die sich letzten Endes ihre Befehle aus dem Ausland holt!

Der Wahlkampf hat den Angehörigen der Deutschen Volkspartei schon jetzt die Gewißheit gegeben, daß sie mit ihrer Politik auf dem rechten Wege sind. Die Gegner, die uns um unsere unverkennbaren Erfolge im Wahlkampf beneiden, mögen ruhig weiter behaupten, daß die Deutsche Volkspartei ein Sammelbecken sei, das bereit gehalten werde, um die unzufriedenen Außenseiter aus allen Parteien aufzufangen. Wir wissen, daß sich unser Parteiprogramm und unsere Parteizahl organisch entwickelt haben, nämlich auf dem Grunde einer Gedankenwelt, der auch die Gegner schöpferischen Inhalt nicht abzusprechen wagen. **Für die Versöhnung der Klassengegensätze treten wir auf den Plan! Der Klassenbewegung der Stände, die nicht aufzuhalten ist, versuchen wir eine Richtung zu geben, die den Parlamentarismus nicht auflöst, sondern ergänzt.**

Haben wir Grund, auf einen nennenswerten Zuwachs unserer Vertreter im Reichsparlament zu rechnen? Die Stimmung im Lande ist uns günstig. Wir werden zweifellos verhältnismäßig von allen Parteien am besten abschneiden und unserm Ziel, die große Mittelpartei der Zukunft zu werden, in der Arbeiter und Bürger ihren Platz finden, um einen beträchtlichen Schritt vorwärts kommen. Also wir haben Grund, hoffnungsfreudig zu sein. Aber solche Hoffnungsfreudigkeit führt auch Gefahren mit sich, sie läßt den einen oder anderen in Versuchung kommen, daß er die ungeheuere Wichtigkeit seines Stimmzettels unterschätzt. Vor solchem falschen Optimismus müssen wir warnen. Es soll nicht nur jeder Wähler, nicht nur jede Wählerin es als politische Todsünde ansehen, wenn es versäumt würde, der Wahlpflicht zu genügen, nein, jeder soll nicht eher ruhen und rasten, bis er noch andere Wahlverpflichtete für unsere Partei am 6. Juni herangeholt hat. Wem es seine Zeit und Gaben irgendwie gestatten, der soll sich zur Wahlhilfe bereit stellen. Solche Wahlhilfe besteht in dem regelmäßigen und pünktlichen Besuch

der von der Deutschen Volkspartei anberaumten Versammlungen, in der Weitergabe von Flugblättern. Für den Wahltag fehlen uns noch verläßliche Frauen und Männer, Jünglinge und junge Mädchen, die uns bei der Verteilung der Wahlzettel, bei dem Heranbringen säumiger Wähler helfen. Eine Arbeit, die aus politischem Idealismus geschieht, ist hundert Mal wertvoller, als die bezahlte Wahlhilfe eines gemieteten Menschen. Denke auch jeder daran, daß zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld gehört, auch zur politischen Kriegführung. Unsere Wahlkämpfe, die sich durch unsere parlamentarische Regierungsform mehr und mehr amerikanischen Formen nähern, verschlingen durch die Verteuerung des Papiers, der Bahnfahrten und der Postgebühren große Summen. Die D. V. ist nicht die Partei der Millionäre, der Schwer- und Großindustriellen — den ganz wenigen Vertretern aus solchen Gruppen stehen die vielen Tausende aus dem Mittelstand, der mit Glücksgütern wenig gesegnet ist, gegenüber! Obwohl der Angehörige des Mittelstandes mit jeder Mark scharf rechnen muß, bitten wir doch gerade auch ihn, an unsern Wahlschatz zu denken. Man spare sich eine Zigarre, ein Glas Bier vom Munde ab, man verzichte in diesen Wochen ruhig einmal auf den Besuch des Kinos oder einer andern Unterhaltung und lasse das Ersparte an unser Wahlbüro in Siegen, Hotel Hutsteiner, oder an unsere Geschäftsstelle in Siegen, Brüderweg 1, oder der Siegener Bank in Siegen abgehen.

Was sich mit unseren Mitteln ermöglichen läßt, wird geschehen, um der Sache der Deutschen Volkspartei in den Gauen an Sieg, Dill, Lahn, Lenne und Eder zum Siege zu verhelfen. Außer unsern Kandidaten zum Reichstag haben sich aus dem Reiche und aus unserer Heimat Personen von hoher Kraft der Rede und des Gedankens zur Verfügung gestellt. Viele fleißige Hände helfen am Werke. Arbeiten und nicht verzweifeln! Vorwärts und nimmer rückwärts!

Inhalt der Nummer:

Aufruf an die Siegerländer!
Es leb' der Reichstag!
Die 10 Wahlgebote.
Die entscheidende Reichstagswahl.
Der Wahlaufmarsch des christl. Mittelstandes
Aufruf.
Der Generalstreik.
Aus Haenischs Reich.
Die vielsprachige Stadt.
Aus dem Wahlkampfe

Es lebe der Reichstag!

Die Nationalversammlung ist tot. Es lebe der Reichstag! . . . Denn, wenn nicht ganz besonders dringliche Fälle der inneren oder äußeren Politik in diesen Wochen noch eine parlamentarische Verhandlung nötig machen, wird die Nationalversammlung nicht mehr zusammentreten . . . Ihre Uhr ist abgelaufen, sie hätte schon längst abgelaufen sein müssen. Denn die Verfassung war beschlossen, die wichtigsten Finanzgesetze waren gegeben, der Neubau des Heeres und der Marine war in die Wege geleitet. Was darüber an Gesetzen beraten und verabschiedet wurde, war vom Uebel, ging über die ursprünglich festgelegten Befugnisse dieser Nationalversammlung hinaus. Das Sozialisierungsproblem beispielsweise gehörte vor den neuen Reichstag. Aber wie diese von der sozialdemokratischen Masse gebieterisch angeforderte Lösung einer Aufgabe, an die die besten Köpfe leidenschaftslos und auskömmlich ihre ganze Intelligenz hätten verschwenden müssen, lediglich wegen des Eindrucks auf die Straße im Schnellzugstempo gewagt wurde, so noch mehreres, was, um die schöne Phrase aus dieser neuen Zeit zu gebrauchen, die demokratischen Belange in dem Bewußtsein des Volkes zu verankern bestimmt war, nun: dieses Volk ist, wenn nicht alle Zeichen trügen, von diesen demokratischen Belangen aller Art so reichlich überfüttert, so nach jeder Richtung saturiert, daß der neue Reichstag als erstes sich vornehmen sollte, wieder zu einer erträglichen Gesetzesmacherei zurückzukehren, die ihre tiefsten Impulse aus der Sache und nicht mehr von der Straße empfängt. Und weiterhin ist vonnöten, daß dieser Reichstag dann in eine gründliche Nachprüfung des Begriffes demokratisch eintritt. Heute heißt demokratisch doch nichts anderes als: was die Sozialdemokratie als nötig, nützlich und angenehm ansieht; was dazu dient, ihre Herrschaft zu befestigen und ihren Oberhäuptern die ach so heiß ersehnten Krippen zu füllen . . .

Wie üblich sind am Schluß der Nationalversammlung eine Anzahl von Festreden gehalten worden: Vom Reichspräsidenten, vom Reichskanzler, vom Senior des Parlaments, dem Demokraten Payer, und selbstverständlich auch von Herrn Fehrenbach. Wie üblich, haben diese Festreden die Zeitgeschichte lediglich unter dem Gesichtswinkel der Mehrheitspolitik angesehen und damit den Schluß der Gesamttagung jenem Februarbeginn in Weimar konform gestaltet, wo Herr Ebert nur sozialistischer Abgeordneter war und das Reich und seine Bedürfnisse allein aus dem Fraktionszimmer seiner Partei betrachtete und wertete . . . Damals wie heute sprach er von dem „Trümmerfeld" Deutschlands, „das am Tage des Waffenstillstandes vor uns lag". Aber heute wie damals beging er die böseste Geschichtsfälschung, die denkbar ist, als er so sprach. Denn: Der verlorene Krieg hat dieses Trümmerfeld nicht geschaffen; das hat allein die Revolution getan, das dieser Herr Ebert mit seinem Freunde Scheidemann gemeinsam vor den Verhandlungen mit einem erbarmungslosen Gegner aufgerichtet hat. Ohne diese Tat hätte der Verlauf der deutschen Nationalversammlung nicht durch so kläglich kleine, so erbärmlich ärmliche Mondenreihen zu führen brauchen, wie bedauerlicherweise gebucht werden muß; ohne diese Tat hätte es kein Compiègne und kein Versailles gegeben, das so trostlos traurig gewesen wäre, wie es diese beiden Leidensstationen unseres Volkes nach dieser Revolution dann gewesen sind. Ohne diese Tat stünden die Schwarzen heute nicht am Rhein, und ohne diese Tat waren wir nicht versklavt, wie wir es dank dieser Tat heute sind! . . Vergessen wir es den Herren Ebert und Müller, die sich mitsamt dem Parlament in betäubenden Düften gegenseitiger Beweihräucherung wohlgefielen, niemals, daß die Revolution nicht am Ende des Krieges, sondern am Anfange des Friedens, und daß, was heute vergessen ist, ein Marschall Hindenburg noch in den Oktoberverhandlungen zwischen der Regierung und der Obersten Heeresleitung über das Gesicht des kommenden Friedens ernst und klar betont hat: Will man uns unerträgliche Bedingungen auferlegen, etwa Landabtretungen in einem Umfange, wie er wider unsere Ehre geht, dann muß weiter gekämpft werden! Und dabei sind für unseren Marschall in jenem Zeitpunkte Landabtretungen im Osten nie in Frage gekommen. Seine Stimme war übrigens in jenem Oktober auch, allerdings auch allein nur noch, der damalige Vizekanzler Payer. Erst der 9. November und die Zuckungen vorher, die seinen Ausbruch fast zur Gewißheit machten, erst sie haben Hindenburg dann zu dem Telegramm an Ebert veranlaßt, daß er den Waffenstillstand abschließen solle. Denn da lag die Gefahr nahe, daß uns nunmehr auch das Letzte noch unter der Hand zerrinnen konnte, daß vor allem die bis dahin noch festgefügten Heeresverbände auseinanderklaffen würden . . .

Die Nationalversammlung ist tot! Gott sei Dank! Sie war schon lange überfällig. Jetzt heißt die Parole, die uns alle zur äußersten Kraftanstrengung befeuern soll: Es lebe der Reichstag! Der Reichstag, der von einer bürgerlichen Mehrheit getragen wird, auf daß das deutsche Bürgertum wieder zu seinem Rechte kommt. Auf daß alles sozialistisch-demokratische Experimentieren aufhört und wir — wirklich mit dem Aufbau beginnen können, dem Aufbau, der uns aus Nacht und Not wieder in das Licht und das Leben zurückgeleitet!

Die 10 Wahlgebote.

1. Du sollst dir nicht einreden lassen, deine Stimmabgabe im Wahllokal sei durch die Eintragung in irgendeine Liste zu ersetzen, du mußt selbst zur Wahl gehen
2. Du sollst dich so früh wie möglich in dein Wahllokal begeben.
3. Du sollst einen Ausweis, möglichst mit Wohnungsadresse, mitnehmen. Benutze die Ausweiskarte vom Magistrat.
4. Du sollst deine wahlberechtigten Familien- und Haushaltungsmitglieder gleich mit zur Wahl nehmen.
5. Du sollst darauf achten, daß du den richtigen Stimmzettel in den Umschlag steckst.
6. Du sollst darauf achten, daß dein Stimmzettel nicht gefälscht ist.
7. Du sollst dich bei deiner ganzen Wahlhandlung beeilen, du gefährdest sonst das Wahlrecht deiner Mitbürger.
8. Du sollst dich nicht durch törichtes Geschwätz von der Wahl abhalten lassen. Jede Stimme hat Zweck. An deiner Stimme kann das Schicksal des deutschen Volkes hängen.
9. Du sollst, wenn du gewählt hast, säumige Verwandte und Bekannte zur Wahl treiben.
10. Du sollst nur solche Stimmzettel mit dir führen, auf denen der Name unserer Partei Deutsche Volkspartei steht.

Die entscheidende Reichstagswahl.

Es war ein langer und umschatteter Leidensweg seit dem 9. November 1918. Ebert, noch Deutschlands Präsident, hatte damals aus dem Strudel der Anarchie die Macht für seine Partei herausgefischt, die anfänglich regierte, als ob sie allein auf der Welt da sei, und auch fürderhin sich gebärdete, als ob sie allein den Gral der Erlösung in Händen hielte. Aber wenn dieser mehrheitssozialistische und selbstgeschaffene Reichskanzler an jenem Unheilstag erklärte: „Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren" —, wenn er in der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung in Weimar rief, Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten alle Kräfte anspannen „zur Arbeit, die uns allein retten kann", und wenn Herr Ebert die Großen von Weimar als Vorläufer der Idee des alliebenden Sozialismus hinstellte, dann war das alles nur Getön, hinter dessen Blechwand dürr-fanatische Parteisucht Orgien feierte, politische Charaktere von der Art des edlen Erzberger uns in Grund und Boden verwirtschafteten und andere Gestalten Deutschlands Volkskraft aussogen. Unter den Künsten dieser Regierung zerfleischten sich das verproletarisierte Bürgertum und der verbürgerlichte Proletarier, beide unter der Herrschaft von Schiebern und Wucherern und Geschäftspolitikern immer mehr verelendend. Die Revolution vom 9. November war Parteimache geworden. Die Nationalversammlung selbst war Ausdruck der Herrschaft dieser Partei, weil trotz einer bürgerlichen Stimmenmehrheit sich bürgerliche Demokraten aus Parteiverblendung vor den Karren des Sozialismus, also der Minderheit, spannen ließen. Die Früchte dieses ungeheuerlichen Fehlers waren, was vermieden werden sollte, nämlich Bürgerkrieg, Verarmung, Korruption und Bankrott. Der Bankrott dieser Regierung gegen das deutsche Volk ist so ungeheuerlich und offenkundig, daß selbst diese regierenden Parteien innerlich zerklüftet sind, wobei die So-

ziallsten der unterschiedlichen Gruppen die Undurchführbarkeit ihrer Programme sich gegenseitig mit Maschinengewehren beweisen. Eine lebensunfähige Theorie, wie die sozialistische, bankrott vom ersten Tage an, da sie die Wirklichkeit zu meistern versuchte, hat den „Volksstaat" Deutschland in ein vom Bürgerkrieg zerfressenes Land gewandelt zu einer Scheindemokratie, in der Minderheiten und notorisch Unfähige diktatorisch schalten und walten.

Die klar umrissene Erkenntnis ist das einzige allgemeine Gut. Das ist das Wesentliche und bleibt Hoffnungsschimmer. Die regierenden Parteien mögen noch so sehr im Gegensatz zu ihren gleißnerischen Worten durch ihre Taten Haß und Parteiung säen und ihre im Winde der Wirklichkeit zerfetzten Parteiprogramme wehen lassen. Ihre eigenen Massen sind nicht mehr programmgläubig. Weil er undurchführbar war und nicht Naturgesetz, ist der Sozialismus Zankobjekt von Sekten geworden. Die demokratische Partei zerbarst, da ihre Prediger der formalen Demokratie mit ihren politischen Mitteln, mit ihrer Sanktion des Generalstreiks und ihrer unmännlichen Haltung gegenüber dem Sozialismus wider die Interessen ihrer bürgerlichen Wähler handelten. Das Zentrum erlebte das gleiche unter dem Erzübel Erzberger. So sehen wir die Massen der regierenden Parteien gegen ihre Führer aufstehen. Aus der klaren Erkenntnis der Wirklichkeit heraus. Der Lebenswille des Volkes wehrt sich gegen diese lebentötende Parteigesetzmaschine. Die Erkenntnis ist da: So geht es nicht weiter. Ein Neues will sich gründen.

Noch schwanken die Massen. Die radikalen Schreier von links wollen die Demokratie, das Parlament, als Vorstufe des roten Terrors benutzen. Die Scheidemann und Bernstein, nur in Worten gemäßigt, predigen versteckt die Herrschaft der Minderheit. Die Unabhängigen mit östlichen Führern treiben Haßpolitik um jeden Preis. Sie hetzen die Massen in die Maschinengewehre ihrer mehrheitssozialistischen Brüder. Sie verhandeln mit den französischen Militaristen, die im eigenen Lande Gewerkschaftsführer verhaften, und demonstrieren für das Rußland des Sowjetmilitarismus scheußlichster Art gegen Polen, das von Frankreich in den Krieg eben gegen Rußland gehetzt wird. Diese politischen Wirrköpfe nebst den Kommunisten, die unsere Industrie zerstören wollen, alle Zweige unseres Wirtschaftslebens, die unserer Arbeiterschaft überhaupt eine gute Lebenshaltung ermöglichen, Arbeiterführer, die niemals die Arbeit kennen lernten, alle haben die Unzufriedenheit der Massen auf ihre Mühlen geleitet. Aber nach einem Jahre erkennen die Vernünftigen aller Schichten, daß dieser Parteihaß, der Kampf aller Schichten gegen alle, der wirtschaftliche Tod aller ist. Weil diese Nationalversammlung und ihre krippenbedürftigen regierenden Sozialisten und Demokraten Deutschland mit politischen Parteiprogrammen kurieren wollten, aber unfähig waren, wirtschaftlich aufbauend zu wirken, richteten sie Deutschland zugrunde. Heute ist es Tatsache, daß gegen diese Parteiregierung Deutschland einig ist. Die Erkenntnis, daß das Parteiprogramm der Sozialisten und Demokraten nicht Deutschlands Kräfte hob, sondern schwächte, Deutschlands gewaltige Kraft nicht zusammenband, sondern zersplitterte, in feindliche Lager trennte, diese Erkenntnis muß die Grundlage des Tatwillens der Massen sein, am 6. Juni ein Parlament zu küren, das als Ausdruck des Volkswillens, als ein Parlament des Arbeitswillens, der Sachkunde, der alten deutschen Pflichterfüllung und starken Regierungsgewalt sich durchsetzt. Dieser neue Reichstag muß mit ehernem Besen die Schiebermoral und Diktaturgelüste einer Minderheit fortfegen, die jetzt wie zersetzende Giftpilze allerwegen wuchern. Wir brauchen ein Parlament der Tatmenschen. Ein Parlament von Könnern, nicht ein Parlament von Parteirednern. Würden sich nur die Parteien in der Herrschaft abwechseln, dann taumelten wir von der Szylla in die Charybdis. Die großen Fragen der Zeit sind jetzt nicht: Militarismus oder Demokratie. Die linksradikalen Rufer gegen den Militarismus sind die Verfechter der bewaffneten Diktatur des Proletariats. Die Parteidemokraten sind die Feinde jeder wahren deutschen Demokratie. Die große

Die Ausübung des Wahlrechts

am 6. Juni ist

eine heilige Pflicht

für jeden, der es ernst nimmt mit dem

Wiederaufbau Deutschlands.

Der aber kann nur verrichtet werden durch ein nationalgesinntes, sich über alles Gegensätzliche verstehendes, unter gesicherten Bedingungen unermüdlich arbeitendes

Bürgertum.

Einem solchen Bürgertum

im nationalen, liberalen und sozialen Sinne

Entwicklung, Erfolg und Lebensmut zu verschaffen, ist das Streben und das Ziel der

Deutschen Volkspartei.

Frage der Zeit ist die Schaffung eines Parlaments, dessen Parteien nicht Klassen- oder Proletarier- oder Schieberpolitik treiben und fördern, sondern jenseits aller Parteiprogramme die Arbeitsgemeinschaft aller Deutschen schaffen. Die Erkenntnis, daß die Parteiregierung der Koalition die Konkursmasse des 9. November nicht verwaltete, sondern noch stärker verwirtschaftete, muß jeden Wähler zwingen, diese Art Regierung mit dem Stimmzettel zu bekämpfen. Da die jetzige Regierung nicht die Folgen der Erkenntnis aus der Verderblichkeit ihrer Parteiprogramme zog, werden die Wähler am 6. Juni diese Folgen ziehen und die befreiende Wahlschlacht schlagen.

Eugen Richter rief einst: „Deutscher Bürger, werde hart!" In den Zeiten dieser nichtregierenden Regierung der endlosen Streiks und Nöte, des überhandnehmenden Schieber- und Wuchertums, ist der deutsche Staatsbürger an die Wand gedrückt worden. Er versuchte zu arbeiten. Und wenn dieses zerrissene Deutsche Reich noch lebt, dann nur deshalb, weil trotz dieser Regierung einer Volksminderheit die deutsche Arbeit, der deutsche Gedanke, die deutsche Tatkraft und das deutsche Gemeinsamkeitsgefühl nicht abstarben. In Fährden und Nöten zeigt erst der Mann sich recht! Verarmt, verelendet, hat die Erkenntnis und Sehnsucht in den Massen Wurzeln geschlagen, daß der Tag der Wahl das Ende der Regierung sein muß, deren Früchte verderblich sind. Der Tag der Wahl muß Siegestag der Schaffenden sein.

Alle Schaffenden aber sind hart!

Der Wahlaufmarsch des christlichen Mittelstandes.

In einer Versammlung des Ortsausschusses Köln des Gesamtverbandes „Christlicher Mittelstand" traten der Geschäftsführer Dr. Jörissen vom Verband rhein. Haus- und Grundbesitzervereine und der volksparteiliche Abgeordnete Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer-Köln für die Unterstützung der bürgerlichen Parteien (mit Ausschluß der zum Sozialismus neigenden demokratischen Partei) unter stürmischem Beifall der Anwesenden ein, um eine einheitliche Wahlfront des gesamten Bürgertums gegen den Sozialismus aller Schattierungen als den geschworenen Feind des Mittelstandes in die Wege zu leiten. Wolle der selbständige Handwerker, Gewerbetreibende in der Zukunft seine freischaffende Existenz erhalten, die durch das von Sozialdemokraten und einem Teile der deutschen demokratischen Partei gutgeheißene Kommunalisierungsgesetz auf das äußerste bedroht sei, so könne dies nur geschehen, wenn es gelinge, eine sozialistische Linksmehrheit bei den kommenden Reichstagswahlen abzuwehren. Die Deutsche demokratische Partei komme für den Mittelstand nicht mehr in Betracht, da sie auf die an bürgerlichen Parteien gerichtete Anfrage, ob sie auch etwas mit dem Bielefelder rätediktatorischen Abkommen gemeinsam haben wollte, gar keine Antwort gegeben habe, während die drei übrigen bürgerlichen Parteien scharf davon abgerückt seien.

In der Erkenntnis, daß das beide Konfessionen, den Katholizismus und den Protestantismus, zu inniger Gemeinschaftsarbeit umschließende Programm der Deutschen Volkspartei den Wählern des Mittelstandes die unzweifelhafte Gewähr dafür abgibt, daß kein schwächliches Paktieren mit den Propheten des Umsturzes die Gefahr der Vernichtung aller mittelständlerischen Existenzen allein zurückdämmen kann, hat sich fast der gesamte Mittelstand heute hinter das Wohlprogramm der Deutschen Volkspartei gestellt. Der Wahltag, der 6. Juni, ist darum auch für unsern westfälischen Mittelstand ein Tag schwerer Entscheidungen für Kind und Kindeskind. Die Behandlung des Beamtentums als das Aschenbrödel der deutschen Republik muß ein Ende haben. Der kleine Hausbesitzer, der Handwerker, der Arbeiter, der Kaufmann, der Bauer, der stolz ist auf das, was er mit seiner Hände Arbeit in mühevollen Jahren für sich und seine Kinder geschaffen hat, will nicht und darf nicht um die Früchte seiner Arbeit gebracht und durch die Sozialisierung der Betriebe im Sinne von Rot und Ultrarot entselbständigt und zum Staatsarbeiter gemacht werden. Darum ist es nur zu selbstverständlich, daß stürmischer Beifall in der großen Versammlung des Kölner Mittelstandes erscholl, als der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Moldenhauer die Forderung einer gemeinsamen Wahlfront des gesamten Bürgertums erhob. Diese gemeinsame Wahlfront gibt die Deutsche Volkspartei. Je stärker die Deutsche Volkspartei aus den Wahlen hervorgeht, um so mehr stärkt sie die erlahmende Kraft des Bürgertums in den Parteien, in denen die Führer sich seit der Revolution immer zahlreicher zum Einstieg in das „Beiwägelchen" des Sozialismus einladen ließen. Der Mittelstand braucht klare Bahn. Alle schönen Versprechungen, daß die Interessen des Mittelstandes nach den Wahlen gegen die Sozialisierungs- und Kommunalisierungsforderungen der Arbeiter ausbalanciert würden, vermehren nur die Gefahr, weil Leichtgläubigkeit einzelner die gemeinsame Front zerreißt. Am Wahltage gibt es für den Mittelstand keine andere Losung als die:

Wir wählen die Liste der Deutschen Volkspartei!

Aufruf.

Das deutsche Volk steht vor den Wahlen zum ersten Reichstag im neuen Deutschland.

Dieser Reichstag muß anders aussehen als die Nationalversammlung, wenn nicht auch noch das letzte ideale und materielle Gut zertrümmert werden soll

Die Wege, die bisher die Mehrheit der Nationalversammlung beschritten hat, können uns nicht aufwärts führen.

Weg mit der Parteiherrschaft! Die Tüchtigsten und Fähigsten müssen an die Spitze.

Weg mit allen Experimenten im Wirtschaftsleben! Stetigkeit des Kurses ist die Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Aufstieg.

Deshalb sind die Ziele der Deutschen Volkspartei:

Freiheitliche Fortentwicklung in Staatsleben und Wirtschaft.

Ehrliche, von sozialem Geist getragene Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit dem Ziel, dem Volksganzen zu dienen,

Wertung der Bedeutung der Berufsstände durch Schaffung einer Kammer der Arbeit mit weitgehenden Rechten als Gegengewicht gegen demokratische Gleichmacherei,

Vertrauen zu den Führerpersönlichkeiten auf allen Gebieten, kein schwächliches Zurückweichen vor einem mißleiteten Massenwillen,

Stärkung des nationalen Gedankens in allen Volksschichten,

Sittliche Wiedergeburt unseres Volkes auf religiöser Grundlage.

Wer ehrlich den Wiederaufbau auf solchem Wege will, der trete in die Reihen der Deutschen Volkspartei und helfe mit zum Sieg und zur Verwirklichung dieser Gedanken.

Ungewöhnlich große Mittel sind zur Durchführung des Kampfes notwendig. Wer in diesem Kampf beiseite steht, der darf sich auch nicht beklagen, wenn die Gesetzlosigkeit anarchistische Zustände herbeiführt, die das Bürgertum so vernichten, wie es uns das russische Beispiel warnend zeigt.

Wir haben das Vertrauen zu den auf unserem Boden stehenden Kreisen des deutschen Volkes, daß sie uns tatkräftig im Kampf um unsere gute Sache unterstützen.

Vorwärts zum Kampf für das Ziel der Deutschen Volkspartei!

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei.

Dr. Stresemann, Mitglied der Nationalversammlung, Vorsitzender.
Vögler, Mitglied der Nationalversammlung, Schatzmeister.

Der Generalstreik.

Von Emil Kloth, ehem. Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes.

Der Verfasser des Artikels ist ein besonders gründlicher Kenner der sozialdemokratischen Partei, der er selbst lange Jahre als Mitglied angehört hat. Er war zehn Jahre lang bis in die letzte Zeit sozialdemokratischer Stadtverordneter im roten Neukölln und hat an internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongressen und Konferenzen aller Art teilgenommen. Die völlige Abkehr der Sozialdemokratie von ihrer im August 1914 eingenommenen politischen Haltung war die Veranlassung für Emil Kloth, der sozialdemokratischen Partei den Rücken zu kehren. Er hat einen tiefen Einblick in die sozialdemokratische Werkstatt tun können, und zeigt in dem nachfolgenden Artikel, wie sehr nicht nur die Demokraten, sondern auch die Sozialdemokraten selbst mit der Parole des Generalstreiks ihrer eigenen früheren Haltung ins Gesicht geschlagen haben.

Generalstreik! hallte es durch die Lande, in Städten und Dörfern, auf Märkten und Gassen. Generalstreik! kreischten mit wilden Gesten Spartakisten, Unabhängige und Sozialdemokraten. Generalstreik! riefen mit dröhnender Stimme die Demokraten, als die gelehrigen Schüler der Sozialisten, um die Gunst der Straße werbend. Fort pflanzt sich der Ruf in die Heerhaufen der christlichen Gewerkschaften und Beamtenbünde, in die Reihen der Kommerzienräte der Mossekratie, die freigebig ihre gefüllten Börsen zur Unterstützung des Generalstreiks öffneten, um sich von Angriffen der Bolschewisten loszukaufen. Die Einheitsfront für den Generalstreik erstreckte sich vom Reichspräsidenten Ebert bis zum letzten beamteten Nachtwächter. Der Generalstreik war das Allheilmittel für alle politischen Nöte geworden.

Das war nicht immer so, selbst nicht bei den Sozialisten. Nur in den romanischen Ländern gehörte die Drohung mit dem Generalstreik zu den ältesten Requisitenstücken der Revolutionsromantik. Meistens blieb es bei der Drohung. Kam es zur Ausführung, dann sank er in der Regel nach ein paar Tagen in sich selbst zusammen. Die französischen Syndikalisten hielten die Generalstreikdebatte für ein notwendiges Schaugericht auf den internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftstagungen. Mehrmals blieben sie ihnen fern, weil man ihren bezüglichen Wünschen nicht entsprach, indem die nüchterner urteilenden englischen und deutschen Gewerkschaftler das französische Schaumgold rhetorischer Kraftmalerei nach seinem wahren Werte einschätzten.

Generalstreik ist Generalunsinn. So kennzeichnete der skeptische Auer Anfang der neunziger Jahre die Schwärmerei der damaligen Unabhängigen für den Generalstreik. Franz Mehring goß gleichfalls die Schalen seines beißenden Spottes über sie aus, und selbst Seine Unfehlbarkeit, Herr Kautsky, der schon damals gern sein Gewand nach der revolutionären Mode wenden ließ, wies in elfenlangen Aufsätzen, gespickt mit geschichtlichen Rückblicken bis auf Adams Zeiten, die Thorien vom Generalstreik als die Hirngespinste „perverser Literaten" nach. Dann schwoll die radikale Welle in der sozialdemokratischen Partei höher und höher an. Auf dem Dresdener Parteitag (1903) überschlug sie sich, die Revisionisten unter sich begrabend. Die demagogische Ader in Bebel machte ihn als „Todfeind der Bourgeoisie" auf dem Parteitag zu Jena (1905) zum Herold des Generalstreiks. Nachträglich kam ihm der Katzenjammer, da die Gewerkschaften nicht so ohne weiteres den Generalunsinn mitmachen wollten. Besonders die Generalkommission der Gewerkschaften hatte starke Bedenken. Legien bezeichnete Bebels Stellungnahme auf dem Jenaer Parteitag als „Zugeständnis an den Anarchosozialismus". — „In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich." Er stimmte gegen die Bebelsche Resolution. Die opfervolle Maifeier 1906 dämpfte sodann auch in der Partei das Feuer für den Generalstreik.

Wie sehr hat sich das Bild seitdem verändert! Die hervorragendsten französischen Gewerkschaftsführer stemmen sich jetzt mit aller Macht gegen Streiks überhaupt und gegen den Generalstreik erst recht, weil sie dem Wiederaufbau der Wirtschaft schädlich sind. Umgekehrt in Deutschland. Seit der Revolution kommen wir aus den bald hier, bald da örtlich, bezirksweise oder über das ganze Land aufflammenden Generalstreiks gar nicht mehr heraus. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, mit Karl Legien als Trompeter an der Spitze, ist mit fliegenden Fahnen in das Lager der Generalstreikler übergetreten, alle seine früheren Mahnungen: Nur die Arbeit kann uns retten! — vergessend. Das war kein guter Streich, Oktavio! Und eine falsche Rechnung dazu. Denn Spartakus ist wettläufiger als Legien in starken Worten, drohenden Gesten und blutigen Taten. Er wird höchstens mit spöttisch verzogenen Lippen murmeln: „Der Knabe Karl fängt an, fürchterlich zu werden" — und ihn bald zur Seite schieben.

Und die Folgen? Nicht zuletzt hat das arbeitende Volk die Rechnung für die Torheiten ihrer Führer zu bezahlen, wenn diese in ihrer Verblendung, um der Masse des öfteren zu zeigen: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will", den Feuerbrand des Generalstreiks in das komplizierte Getriebe unserer Volkswirtschaft werfen.

Wie spielt sich das Leben der kleinen Leute unter dem Generalstreik ab?

Den jungen Tag begrüßt gellendes Kindergeschrei, denn es fehlt an Milch. Gas zum Kaffeekochen gibt es nicht, und Holz und Kohle, wenn überhaupt zu erlangen, müssen mit Gold aufgewogen werden. Hat man weite Wege zu besorgen, so heißt es Schusters Rappen vorspannen. Um Lebensmittel zu erlangen, bilden sich lange Anstellschlangen, und diejenigen können von Glück sagen, wenn sie das fragwürdige Ersatzzeug überhaupt erlangen und es nicht etwa heißt: „Ausverkauft!" Dann entsteht die bange Frage: Woher nehmen wir Heizung für das Mittagessen? So kommt der Abend heran. Im ungeheizten, dunklen Raum, in schäbigen Kleidern hockt die ganze Familie und denkt der Zeiten, wo des Lichts gesellige Flamme sie abends vereinte. Hungernd, frierend, mißmutig sucht bald jeder seine Lagerstatt auf und denkt mit Grauen des kommenden Tages. Das ist die Wirklichkeit unter dem Zeichen des Generalstreiks.

Freilich einen Trost raunt man sich gegenseitig zu: die Streiktage werden vom Staat, den Gemeinden und Arbeitgebern bezahlt. Das ist eitel Trug! Denn in Wirklichkeit bezahlen sie die kleinen Leute selbst in höheren Warenpreisen und Steuern. Das liegt im Wesen des Generalstreiks unabänderlich begründet. Deshalb ist er eine so zweischneidige Waffe.

Das hat man auch in immer breiteren Kreisen des Volkes erkannt. Deshalb graust es auch den Mitläufern und Schleppenträgern der Sozialisten und Kommunisten, demokratischer und Zentrumspartei vor den Folgen ihrer eigenen Generalstreiksheldentaten. Keiner will gern mehr dabei gewesen sein. Schamhaft taufen die Demokraten den Generalstreik in „nationale Arbeitseinstellung" um. Das wird ihnen alles nichts helfen, denn das Volk hat kein so kurzes Gedächtnis. Es kennt die Köche — und säßen sie selbst auf Ministersesseln —, welche den üblen Brei des Generalstreiks angerührt haben.

Es wird sie am 6. Juni, dem Reichswahltage, in ihrem eigenen Brei ersticken.

Aus Haenischs Reich.

Nach den „Politisch-parlamentarischen Nachrichten", die den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung nahestehen, soll das preußische Kultusministerium eine Verfügung vorbereiten, nach der Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, auch nicht in Gesangs- oder anderen Unterrichtsstunden zum Erlernen von Kirchenliedern angehalten werden dürfen. Die Tragweite einer solchen Verfügung wird man sich im Ministerium für „Volksbildung" (!) hoffentlich klar gemacht haben. Weihnachtslieder als Konterbande! Das geistesgewaltige Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott" unter Verbot gestellt! Lieder wie „Befiehl du deine Wege", „Nun danket alle Gott", „Lobe den Herren" und wie sie alle heißen, diese Lieder des Gesangbuchs, deren Klänge seit der Reformation unser Volk in guten und schlechten Tagen begleitet haben — verboten, verboten! Das ist immerhin eine Kulturtat, auf die das Kultusministerium in Berlin stolz sein darf und die dem deutschen Volk im Ausland gewiß Achtung erwerben wird. Man könnte im Anklang an Faust sagen: „Verachtet nur die mächtigen Weisen und Lieder, des Deutschen allergrößte Kraft!" Aber Herr Haenisch sinnt wohl mehr auf Beifall von Adolf Hoffmann, und der wieder hat nur eine Angst, daß irgendwo und irgendwie deutsches christliches Religionsgut deutsche Kinderseelen berühren könnte. In Berliner roten Arbeitergesangvereinen war seinerzeit verboten worden, Lieder, in denen Gottes Namen vorkam, zu singen, also z. B. „Wem Gott will rechte Gunst erweisen". Vielleicht kommt Herr Haenisch auch noch dahin. Man versteht übrigens nun auch folgende Mitteilung der „Täglichen Rundschau" vom 5. Mai (Beilage zu Nr. 206):

„Nach wahrheitsgetreuen Mitteilungen hat Herr Haenisch telephonisch seine Zustimmung zur Eröffnung der weltlichen, religionslosen Schule in Adlershof, im Volksmund „Bolschewistenschule" genannt, erteilt. Die schriftliche offizielle Bestätigung wird jeden Tag erwartet. Da nun die große Mehrzahl der hiesigen Lehrerinnen und Lehrer sich weigert, an einer solchen Schule zu unterrichten, so hat Herr Haenisch einen feinen Aus-

weg gefunden. Er hat der Schule den Namen „Dritte evangelische Gemeindeschule Adlershof" gegeben. Laut Berufungsurkunde sind sämtliche Lehrkräfte hierorts verpflichtet, an allen evangelischen Schulen in Adlershof den Unterricht zu erteilen. Nun heißt es: Wer sich nicht fügt, der fliegt."

Sollte das stimmen, so wird man von zuständiger evangelischer Seite ganz entschieden Verwahrung gegen eine solche Verwendung des Wortes und Begriffs „evangelisch" einlegen müssen. Eine religionslose Schule kann nimmermehr evangelisch sein. Wenn man sie so nennt und wenn das gar ein preußischer Kultusminister tut, dann soll man sich nicht über die Erbitterung wundern, die in immer weiteren Kreisen der evangelischen Bevölkerung Platz greift.

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Helft Ihr alle, die Ihr den Wiederaufbau Deutschlands wollt: den Schmachfrieden von Versailles, die Wurzel deutschen Elends, zu revidieren und die Forderungen des Feindbundes mit den deutschen Lebensnotwendigkeiten auszugleichen!

Sorgt deshalb für sachkundige Leitung der auswärtigen Politik!

Schafft der Außenpolitik den starken Rückhalt durch innere Einheit des deutschen Volkstums in nationalem Geiste!

Arbeitet an der inneren Einheit durch Ueberbrückung der unheilvollen, aber überwindbaren Klassen- und Standesgegensätze!

Kämpft dafür durch Entpolitisierung des Wirtschaftslebens und eine berufsständische Kammer der Arbeit!

Baut die deutsche Wirtschaft neu auf durch Wiederbefreiung der schöpferischen Führung und der persönlichen Initiative in Handel, Industrie und Handwerk!

Wirkt für den Wiederaufbau durch Forderung einer starken Regierung über den Parteien und eines neutralen Beamtentums mit altpreußischer Pflichttreue durch höchste Anspannung aller schaffenden Kräfte des Volkes in allen seinen Berufsständen!

Gebt durch eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik dem Staate, was des Staates ist, um des Wiederaufbaues willen!

Erfüllt die Aufwärtsentwicklung mit werktätiger Liebe gegenüber den wirtschaftlich Schwachen, mit den inneren Werten einer vaterländischen Erziehung der Jugend, mit der mütterlichen Fürsorge der zu Staatsbürgern gereiften Frauen!

Wählt wenn Ihr so und nur so wollt, am 6. Juni die Liste der

Deutschen Volkspartei!

Die vielsprachige Stadt.

In Bonn am Rhein leben heute ungefähr 100 000 Zivilisten. Sie scheinen vom Verband dazu bestimmt zu sein, die Hefe zu bilden, die den internationalen Verständigungskuchen hochtreiben soll. Wenigstens hat man sie vierzehn Monate lang mit dem englischen Geiste zu erfüllen versucht, und seit Januar lernt die vielgeprüfte Einwohnerschaft auch noch Französisch dazu. Die Folgen dieser politischen Verlitzmethode für das Nationalbewußtsein wenigstens der Bonner Jugend sich unberechenbar. Wissen die armen Buben und Mädchen doch nachgerade gar nicht mehr, was sie eigentlich vorstellen: Engländer oder Franzosen oder — Deutsche?!

Wie es heißt, kommen die Bonner Babys neuerdings mit zwei Wörterbüchern zur Welt, in dem einen Händchen das englische von Toussaint-Langenscheidt, in dem andern Gaspey-Otto-Sauers französisches Dictionnaire. Und dies Verbandswunder erscheint in der Tat recht glaubhaft; denn wie sollte sich sonst das arme Wurm später weiterhelfen? Man muß doch auch wissen, woran man ist, wenn man als Bonner Bürgermädchen den Cercle des Sousofficiers in der Brüderstraße zu passieren gezwungen ist, wo man dann regelmäßig mit einem schnalzenden Oh la la dreist fixiert wird.

Um die schönen Bonnerinnen nicht in schmählichen Verdacht zu bringen, muß hier gleich gesagt werden, daß sie sich aus solchen allzu deutlichen Huldigungen einer französischen Soldateska ganz und gar nichts machen. Im Gegenteil: sie rümpfen ihr Näschen schnippisch und strafen die Bewunderer durch höchst kühle Blicke. Wie man überhaupt in der schönen Rheinstadt vor drei Monaten, als die britische Besatzung abrückte und französischen Truppen Platz machte, mit diesem Tausch recht unzufrieden war und es die noch unwillkommeneren neuen Herren reichlich fühlen ließ.

Denn, um die Wahrheit zu sagen, die Bonner Bürgerschaft und die britischen Soldaten hatten sich nach anfänglichen Reibereien ganz leidlich vertragen. Tommy war genügsam, gemütlich, beispiellos freigebig. Er schleppte traumhafte Dinge, die man kaum mehr vom Hörensagen kannte, und zwar gleich sackweise, herbei. Richtig grollte ihm nur der abgerissene müde Feldgraue, den er manchmal beim „Schatz" ausstach. Sein Zauberwort, bei dessen Klange sich manch spröder Berg Sesam öffnete, war: „Chocolade for promenade!" Fragt man heute das Griet und Traudche nach ihrem Werturteil über die britischen Soldiers, dann lächeln die guten Kinder: „Och, dat woaren ganz nette Kähls, de Inglischmen."

Jetzt aber sind die Franzosen Herren der alten Stadt, die schon so viele strahlende Feste der Jugend erlebt hat mit flammenden Fackeln und brausenden Burschenliedern und den Rhein, funkelnd unter bengalischen Fontänen. Weshalb die neuen Machthaber so unbeliebt sind? Weil man sie „geizig" findet, anmaßend und hämisch. Und weil man instinktiv fühlt, daß diese Herrschaften nicht so sehr daran denken, jemals wieder weggehen zu wollen. Die schönsten Gebäude der Stadt haben sie beschlagnahmt, und ihr Appetit auf immer noch mehr Privatbesitz scheint unersättlich. Ihr Ton ist barsch, beleidigend, ihre Haltung herausfordernd. Auf Schritt und Tritt lassen sie den Bürger fühlen, daß sie die Herren sind und die Herren bis auf weiteres bleiben wollen.

Aber der Bonner Bürger weiß sich zu rächen. Mit einer frostigen Reserve, die bei diesem geselligen, heiteren Naturell geradezu grotesk wirkt, hält er sich die unerwünschten Gäste vom Leibe. Auch nur ganz selten sieht man, was doch zur Zeit der englischen Besatzung fast gar zu häufig war, rheinische Mädchen Arm in Arm mit den fremden Soldaten ziehen.

Trotzdem — es wäre kurzsichtig, wollte man den zähen Willen der französischen Machthaber, die rheinische Bevölkerung mit dem Esprit gaulois „friedlich" zu durchdringen, unterschätzen. In aller Stille haben sie verschmitzte Vorbereitungen getroffen, die deutschen Seelen mit Hilfe des französischen Sprachlehrers einzufangen. Und da dieser seinen Unterricht, der meist sogar höchst harmlos als Handelsdisziplin sich verkappt, unentgeltlich erteilt, haben sich die Anmeldungen hierzu von deutscher Seite überraschend gehäuft. Schon ist es Tatsache, daß beispielsweise die Bonner Intelligenz massenhaft an jenen Sprachkursen sich beteiligt. Und die Arbeiterkreise dürften allmählich folgen. An und für sich läßt sich natürlich dagegen nicht viel sagen, da unsere Bonner Mitbürger ja doch nun einmal ihre wirtschaftliche Existenz für die nächsten Jahre unter fremder Militärherrschaft sichern müssen. Und doch . .

In Bonn am Rhein leben 100 000 Zivilisten, die, nachdem sie fast eineinhalb Jahre mehr oder weniger geschickt Englisch gradebrecht hatten, weil das unter Umständen recht einträglich war, jetzt im Begriff stehen, außer Voltaires Sprache unmerklich auch die fremde Denkart sich zu eigen zu machen. Die französischen Librairies, die an allen Straßenecken sich auftun, werden ihr Teil dabei mitwirken; ebenso die „Cinemas du foyer".

Und deshalb soll man im unbesetzten Deutschland niemals vergessen, daß man drüben überm Rhein eine verdoppelte nationale Kulturaufgabe zu erfüllen hat. In fünfzehn Jahren kann sich der Geist einer fremden Macht in jungen Köpfen sehr fest einnisten. Und wenn man zu lange aus Scherz oder Koketterie to love und aimer konjugiert hat, kann man eines Tages darüber das „Ich liebe — Deutschland" vergessen haben!

Aus dem Wahlkampfe.

Von den Kandidaten der Deutschen Volkspartei haben bis zum Berichtstage in den Kreisen Siegen, Wittgenstein sowie in dem mit uns in Interessengemeinschaft stehenden Kreise Altenkirchen (zum Wahlkreise Koblenz gehörig!) die Herren Bergmann August Winnefeld, Mitglied der Nationalversammlung, Ehrenamtmann Westermann, Fabrikant Hermann Klingspor, Generalsekretär Schulte, Handwerksamtssyndikus Dr. Grundmann gesprochen. Von einheimischen Parteifreunden haben sich Herr Geschäftsführer Nitschke, Amtsgerichtsrat Schneider, Eisenbahnwerkmeister Schade, Bergschullehrer Hellmann, Oberlehrer Dr. Kruse, Redakteur Steinhaus sowie Fräulein Paula Ax zur Verfügung gestellt. Es leisteten uns ferner rednerische Wahlhülfe die Herren Oberpostsekretär Mohrat, der auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei steht, Herr Geschäftsführer Janßen aus Magdeburg, Herr Schulinspektor Dr. Schepp aus Berlin, Herr Verwaltungsdirektor Bumann aus Friedenau, Herr Generalsekretär Helle aus Köln, der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaften Herr Heß, Herr Gewerkschaftssekretär Jörg sowie Frau Parteisekretärin Ramloh aus Dortmund. Wir erwarten noch die Herren Reichstagskandidaten Pfarrer Oertel und Dr. Boelitz, Geheimer Regierungs- und Provinzialschulrat Dr. Runkel, Mitglied der Nationalversammlung, und andere führende Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Ausnahmslos erfreuen sich die Veranstaltungen zahlreichen Zuspruchs, und es darf erwartet werden, daß sich am 6. Juni die Erfolge dieser intensiven Wahlarbeit zeigen werden. Im einzelnen gehen uns von unseren Korrespondenten nachfolgende Berichte zu. (Es ist uns leider unmöglich, alle Berichte abzudrucken, wir müssen uns mit wenigeren Stichproben begnügen.)

Siegen-Ost, 10. 5. 20. Die Versammlung der Deutschen Volkspartei wurde von dem Bezirksvorsitzenden mit einem Hinweis auf die Bedeutung der diesjährigen Wahl eröffnet. Das Wort nahm dann Herr Heinz Janßen-Magdeburg zu einem fesselnden Vortrage über das Programm der Partei. Aufsehen erregte es, daß der Redner durch Aeußerungen des Berliner Tageblatts sowie einiger sozialdemokratischer Zeitungen schlagend bewies, daß der von ihm scharf verurteilte Kapp-Putsch auch ohne den Generalstreik von vornherein zum Scheitern bestimmt war. Getreu der von ihm selbst in seinen Eingangsworten aufgestellten Forderung, jede Behauptung stichhaltig zu beweisen, brachte Herr Janßen für alle seine Angaben die Original-Belege bei, die unter den Versammlungsteilnehmern zur Kenntnisnahme rundgereicht wurden. Nach einem Appell an die sittlichen und religiösen Kräfte der Wähler und Wählerinnen schloß der Redner mit einem Bekenntnis zum Glauben an Deutschlands Zukunft. — In der Aussprache geißelte Herr Amtsgerichtsrat Schneider die kindliche Leichtgläubigkeit, mit der weite Kreise des deutschen Volkes den Versprechungen Wilsons Gehör geschenkt haben, und forderte unter stürmischer Zustimmung der Versammelten Rückkehr zu nationaler Selbstbesinnung.

Große Winnefeld-Versammlung in Weidenau. Der führende Kandidat in unserm Wahlkreise, Herr August Winnefeld, Mitglied der Nationalversammlung, stellte sich am 25. Mai in der „Bismarckhalle" in Weidenau den siegerländischen Wählern vor. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, und zwar hauptsächlich von bürgerlichen Wählern. Das Auftreten des

äußerlich so bescheidenen Mannes, in dem aber ein Politiker von hohen Graden steckt, war sehr eindrucksvoll. Es war wohl kein Anwurf so haltlos, als der von sozialistischer Seite gemachte, daß Herr Winnefeld nur Aushängeschild sei. Diese Kampfesweise charakterisiert unsere Gegner, denen nichts so ärgerlich zu sein scheint als die Tatsache, daß Herr Winnefeld wirklich ein Arbeiter ist. Er hat es immer abgelehnt, „Parteifunktionär" zu sein, sondern hat bis zu seiner Wahl in die Nationalversammlung die Spitzhacke geführt. Wer erkennen will, daß erst der Fleiß der elften und zwölften Arbeitsstunde das Wissen zum Willen formt, der muß diesen Bergmann sehen, der nach der Schicht die krumm gearbeiteten Finger an den Federhalter schmiegen mußte, — um den Arbeitskollegen zu nutzen, um seiner Gewerkschaft zu dienen, um sich wissenschaftliche Kenntnisse anzueignen. Herr Winnefeld spricht ganz die Sprache, die auch der einfache Kopf versteht. Er sprach über Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie als Partei hat die Revolution herbeigeführt, und ihre Aufgabe, nach der Revolution die zerstörte Ordnung wiederherzustellen, hat sie nicht erfüllt. Die heutige Regierung ist nicht in der Lage, sich zu schützen. Wie soll sie ein Volk schützen? Das Schwinden der Staatsautorität ist nicht Schuld der gesamten Rechten, sondern der gesamten Linken. Herr W. geißelte die Gewerkschaftsdiktatur, die Ueberspannung des Sozialisierungsgedankens; er erinnerte an die Notwendigkeit eines Reichsknappschafts- und Reichsberggesetzes Was er über den Staat als Parteikrippe, die indirekten Steuern, den Baukostenausgleich sagte, fand spontane Zustimmung. Scharf ging Herr Winnefeld mit den Unabhängigen ins Gericht, dabei die traurige Rolle streifend, die Leute wie Henke und Braß in der Nationalversammlung spielen. Auch am Zusammenbruch unserer Wirtschaft gebührt der sozialistisch geführten Regierung ein voller Anteil an Schuld. Unser Kandidat schloß mit einem Bekenntnis zum Vaterlande, dessen Aufstieg zweifellos sei, wenn sich alle Glieder des Volkes wieder im Staatsgedanken zusammenfinden möchten. Herr Amtsgerichtsrat Schneider dankte „dem Kandidaten der schaffenden Hand" aufs herzlichste. Die Diskussionsredner standen, abgesehen von dem Appell eines Kriegsbeschädigten, auf einem derartigen Niveau, daß sich ihre Registrierung nicht lohnt. Herr Winnefeld erledigte sie sämtlich spielend. Der Beifall, der seinem Schlußworte folgte, wuchs sich zu einer ehrlichen Huldigung für unsern August Winnefeld aus.

Dillnhütten, 16. 5. 20. Sonntag Nachmittag fand hier ein Vortrag des Herrn H. Janßen vor Anhängern der Deutschen Volkspartei statt, die den Ausführungen des Redners mit Aufmerksamkeit folgten. Der Vorsitzende, Herr Winkler, konnte dem Redner im Namen aller Erschienenen herzlich danken.

Buschhütten, 16. 5. 20. Gut besucht war unsere Versammlung, in der Herr Heinz Janßen den Hauptvortrag hielt. Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen einer kurzen Zeitungsnotiz die Darlegungen des Redners auch nur annähernd erschöpfend wiederzugeben. Wir müssen uns damit begnügen, unter besonderer Genugtuung die geschichtliche Schilderung über die Entwicklung der „sozialen Frage" in Deutschland zu verzeichnen, die dem Redner Gelegenheit gab, an die Tatsache zu erinnern, daß Deutschland, trotz seiner schwierigen Verhältnisse, bis zum Kriegsausbruch vorbildlich für alle Völker auf dem Gebiete der Arbeiter-Wohlfahrtspflege war und daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters bis dahin den Vergleich mit derjenigen der höchststehenden Arbeiter der übrigen Welt aushalten konnte. Als eine der wichtigsten Augenblicksforderungen bezeichnete Herr Janßen die Bildung einer „Kammer der Arbeit", in der Arbeiter und Unternehmer als Gleichberechtigte Sitz und Stimme haben sollen. — Nach Schluß der Aussprache erteilte der Vorsitzende, Herr Winkler, nochmals Herrn Janßen das Wort, der die Versammelten bat, bis zum 6. Juni, dem Schicksalstage Deutschlands, die Mahnung zu beherzigen: „Prüfet alles und behaltet das Beste!"

Die Deutsche Volkspartei in Dahlbruch. Wohl an keinem Orte unseres Vaterlandes haben die von der Deutschen Volkspartei vertretenen politischen Anschauungen so gemeinschaftsbildend gewirkt, wie in der landschaftlichen Perle des Siegerlandes, in Dahlbruch. Ein Grund für diese erfreuliche Tatsache mag sein, daß die wirtschaftliche Lebensquelle des Ortes, die Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Gebrüder Klein, sich immer an hohen Auffassungen in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Werkleitung und Werkgenossen leiten ließ, so daß die Gemeinde zu einer großen Arbeitsfamilie zusammengewachsen ist. Wen wundert es da, daß die Sonntagsversammlung im „Festsaal" trotz der lockenden Abendsonne im Wonnemonat Mai, die Berg und Tal mit Gold übergoß, Alt und Jung, Männer und Frauen in großer Zahl umschloß? Eine Versammlung, wie man sie sich ernsthafter und andächtiger nicht wünschen kann. Herr Leuckel wußte in seiner Begrüßung den Ton zu finden, der aufrüttelt und stärkt. Herr Verwaltungsdirektor Bumann, der seinen Urlaub mit der Arbeit für die Deutsche Volkspartei im Siegerlande ausfüllt, wußte die Versammlung ganz in den Bann seiner gehaltvollen Ausführungen, in der sich umfassende politische Kenntnisse mit warmer vaterländischer Gesinnung paarten, zu zwingen. In einstündiger Rede legte er nicht nur das Programm unserer Partei dar, sondern er rechnete auch schonungslos mit der Regierung und den Regierungsparteien ab. Eine Regierung soll über den Parteien stehen; die jetzige Regierung steht unter den Parteien, deren Befehlsempfänger sie ist. Sie regiert nicht, sondern sie wird regiert. Die Mehrheitssozialisten sind belastet mit ihrem verhängnisvollen Vertrauen auf die Internationale während des Krieges und nachher, mit den Schnellgesetzen der Nationalversammlung, mit der katastrophalen Unfähigkeit der in die Regierung geschickten Persönlichkeiten, mit der Parole zum Generalstreik. Die Deutsche demokratische Partei ist belastet durch ihre enge, sachliche Verbrüderung mit der Sozialdemokratie, mit dem verhängnisvollen Irrglauben an die Hilfe der Ententedemokratie (Wilson!), mit den Zusagen an die „Nebenregierung" der Gewerkschaften, mit der Aufforderung zum verfassungswidrigen Generalstreik und dem Willen zu einer weiteren „Verewigung" der Nationalversammlung. Nur die Deutsche Volkspartei tritt unbelastet mit den Zuständen von heute, mit blankem Schild in den Wahlkampf. Der Redner beleuchtete die unselige Steuerpolitik eines Erzberger und stellte ihr das Wirtschafts- und Steuerprogramm unserer Partei gegenüber. Er schilderte die landes- und hochverräterische Politik der Unabhängigen und ihrer kommunistischen Brüder. Eine Gesundung kann nur nach den Rezepten der D. V. P. geschehen. Es gilt, unsere Kampffront zu stärken, darum: Rein in die Deutsche Volkspartei!

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Herr Leuckel sprach über den Siedlungsgedanken, Herr Herm. Wilh. Klein über den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, womit er Herrn Bumann zu weiteren Ausführungen über die „Kammer der Arbeit" und über ein neues Zweikammersystem veranlaßte. Herr Dr. Böttcher erklärte unter größter Zustimmung dem Schiebertum den Krieg, wies auf den Zusammenbruch der sozialistischen Methoden hin und forderte auf zur nationalen Selbstbesinnung. Seine auch rednerisch sehr gelungenen Ausführungen, die immer den Nagel auf den Kopf trafen, lösten lauten Beifall aus. Ein weiterer Redner, der anscheinend Deutschdemokrat war, sich aber ebenfalls zu einer Verständigungspolitik bekannte, setzte Zweifel in unseren guten Willen zur Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, schien aber nachher durch die weiteren Darlegungen des Referenten überzeugt worden zu sein. In seinem Schlußworte faßte Herr Bumann die Ergebnisse des Abends dahin zusammen, daß übereinstimmend eine nationale, auf Klassenversöhnung gerichtete soziale Politik gefordert worden sei. Der Abend klang aus in einem freudig aufgenommenen Hoch auf das Vaterland, bei dem nur ein Versammlungsmitglied stumm und sitzen blieb. Die den Mann sahen, verziehen ihm, denn er wußte wohl nicht, was er tat. Vaterland und Heimat sollten diesen verlorenen Sohn mit doppelter Liebe umspannen. Liebe ist Kraft.

„Aber einmal müßt ihr ringen
Noch in ernster Geisterschlacht,
Und den letzten Feind bezwingen,
Der im Innern drohend wacht.
Haß und Argwohn müßt ihr dämpfen,
Geiz und Neid und böse Lust!
Dann nach neuen schweren Kämpfen
Magst du ruhen, deutsche Brust!"

Hilchenbach. Ob es die Tatsache war, daß die vorhergegangenen Volksversammlungen in Hilchenbach einen etwas temperamentvollen Verlauf genommen hatten, was manchen Wähler, der auch im Wahlkampf zuerst „seine Ruhe haben will", vielleicht zur Zurückhaltung bestimmt haben mag, ob die Gedanken der Deutschen Volkspartei hier wirklich etwas eingeschlafen waren — jedenfalls war die Beteiligung unserer Parteiangehörigen in der Versammlung am 17. Mai im „Deutschen Hof", die sonst überaus gut besucht war, auffallend gering. Wir lassen es dahingestellt, ob der Herausgeber der „Hilchenbacher Zeitung" richtig gezählt hat, wenn er, wie er sich im Privatgespräch äußerte, nur einen Vertreter unserer Partei vor der Rednertribüne gesehen haben will. Wenn wir das hier ungeschminkt berichten, dann aus dem Grunde, weil uns damit die Möglichkeit gegeben wird, die Werbekraft und Sieghaftigkeit unserer Parteigedanken gleichsam am Modell zu erbringen. Sollte es uns gelingen, trotz der Sprödigkeit des Bodens hier am Wahltage auch nur einen Achtungserfolg buchen zu können, dann wird das hoch zu bewerten sein. Für den Referenten, Herrn Bumann, war es eine schwierige Aufgabe, ausschließlich vor Parteigegnern zu sprechen, war die Resonanz des überfüllten Saales doch ganz auf Ablehnung gestimmt. — Wenn er es trotzdem erreichte, daß die Versammlung über 4 Stunden ohne nennenswerte Unruhe in „politischer Abendunterhaltung" (wie sich das Lokalblatt ausdrückt) zusammenblieb, obwohl er (wir folgen wieder diesem Bericht) „für die jetzige Regierung nicht viel übrig hat und ihre Sündenliste ins Unabsehbare gestaltete". „Dann nahm er die gegnerischen Parteien der Reihe nach vor, mehr oder weniger scharf beleuchtend. Zwischenrufe fielen hageldicht, so daß des Redners Abwehrpolitik mindestens in gleicher Höhe seiner Angriffspolitik stand." Die Gegenrednerliste war recht zahlreich, es sprachen Herr Seminarlehrer Hüsgen (Deutscher Demokrat), Herr Seminarlehrer Schöpp (Mehrheitssozialist), Herr Meier (Mehrheitssozialist), Herr Fabrikant Fritz Müller (D. D.), Herr Hauptlehrer Hünerberg (D. D.?) und Herr Gerichtssekretär Pleßmann, letzterer im Sinne der Rechtsparteien. Der Referent setzte sich mit allen Diskussionsrednern ausführlich auseinander. Als die Mitternachtsstunde angebrochen und man in eine Steuerdebatte eingetreten war, einigten sich die Parteien dahin, der Müdigkeit der Besucher Rechnung zu tragen und die Steuerfragen auf einem demnächstigen weiteren Abend der D. V. P. zu verhandeln.

Eiserfeld, 11. 5. 20. Unter dem Vorsitz des Herrn Huthsteiner fand hier eine Wählerversammlung statt. Redner des Abends war Herr H. Janßen, der sich mit den politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart beschäftigte und die Mittel und Wege beschrieb, die von der Deutschen Volkspartei für richtig gehalten werden, um uns, wenn auch nur allmählich, so doch in stetiger Aufwärtsbewegung zu neuen, besseren und schöneren Zeiten zu führen. Dem Eindruck dieser Darlegung konnten sich auch die anwesenden Gegner nicht ganz entziehen, obwohl sie es sich nicht versagten, durch Ausfälle darzutun, daß sie zu einer wirklich sachlichen, vorurteilslosen Kritik entweder nicht bereit oder — nicht fähig sind. Wohltuend berührten demgegenüber

die Bemerkungen des früheren Bergmanns Eckhardt, der, ebenso wie der Gewerkschaftssekretär Jörg, in wirksamer Weise die Vorwürfe der Demokraten und Unabhängigen restlos entkräftete. Das Schlußwort des Herrn Janßen war auf die Sehnsucht nach gegenseitigem Verstehen, nach gegenseitiger Achtung abgestimmt.

Gosenbach. Geleitet von unserm eifrigen Parteigenossen, Herrn Lehrer Achenbach-Oberschelden, fand am 18. Mai im Wurmschen Saale eine Wählerversammlung statt, die einen guten und für unsere Partei nützlichen Verlauf nahm. Herr Achenbach wies in kernigen, treffsicheren Worten auf die geschichtliche Bedeutung der Wahlen zum ersten Reichstage im neuen Reiche hin und gab der Genugtuung über den zahlreichen Besuch Ausdruck. Herr Verwaltungsdirektor Bumann-Friedenau sprach, von der ununterbrochenen Aufmerksamkeit der Versammlung getragen, in 1½stündiger Rede über die nationalen und sozialen Grundlagen einer Politik der Ordnung, Arbeit, Sammlung und Verständigung. In einem historischen Rückblick, der die Stellung des Reichsgründers, Otto v. Bismarcks, zur Partei Rudolf von Bennigsens streifte, ließ er der Stellung Stoeckers in der Geschichte des sozialen Gedankens ihr Recht zukommen. Vaterland und Christentum sind die unverrückbaren Pfeiler jeder Politik des Aufbaus. Mit einem reichen Tatsachenmaterial bewies er die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems. Er beklagte es, daß es dem Deutschen so schwer falle, ganz einfache, elementare Notwendigkeiten einzusehen. Im Augenblicke heiße es, die große Partei der Ordnung zu schaffen, die das ganze werktätige Volk, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, umfassen müsse, nur von dem Drange beseelt, Dämme aufzurichten zum Schutze der deutschen Kultur, zum Schutze des deutschen Staates. Die D. V. P. wolle Brücken schlagen von Rechts nach Links, sie sei die Partei der Verständigung, der Versöhnung. Der Redner bewies das an dem Wirtschaftsprogramm der Partei. — Die Diskussion, die einen recht lebhaften Verlauf nahm, erbrachte nur Bekräftigungen der Ausführungen des Redners, auch seitens eines Redners, der sich zwar als „christlicher Arbeiter" bekannte, aber stark sozialistisch schillerte, so daß das Schlußwort des Redners, der alle Diskussionspunkte positiv zu verwerten wußte, lebhaftesten Beifall auslöste, was bei der Zurückhaltung unserer Bevölkerung doppelt zu bewerten ist. Da auch die Versammlung in Niederschelden ein voller Erfolg für uns war, so beherrscht die Deutsche Volkspartei die Unterhaltung in für uns günstigem Sinne.

Wilden, 15. 5. 20. Herr Heinz Janßen sprach heute über die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Sozialisierung, zum Handwerker- und Bauernstand. Wußte er bereits diesem spröden Stoffe sehr interessante Seiten abzugewinnen und die Fehlschlüsse der sozialistischen Gedankengänge aufzudecken, so steigerte sich die Eindringlichkeit seines Vortrags noch, als er auf Weltanschauungsfragen zu sprechen kam und die hohe Bedeutung nationaler und religiöser Wiedererneuerung vor aller Augen rückte. Die Versammlung ging gerne mit ihm.

Neunkirchen. Am 21. Mai sprach in Neunkirchen bei Thielmann Herr Nitschke in einer gut besuchten Versammlung über den Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei. Die von Herrn Schneider, Neunkirchen, geleitete Versammlung, um deren Zustandekommen sich der Vorstand der Ortsgruppe Neunkirchen verdient gemacht hatte, verlief sehr angeregt. Herr Nitschke führte ungefähr folgendes aus: Die Mehrheit des Bürgertums muß die Regierung führen. Hauptsache ist die Sicherstellung des wirtschaftlichen Arbeitsfriedens, die Wiederaufrichtung der Achtung vor dem Gesetz und dem Staat. Die sittliche Verantwortung jedes einzelnen bei dieser Wahl ist sehr groß. Weite Kreise des Bürgertums sind sich auch heute noch nicht dieser Verantwortung bewußt. Werbet und wecket alle, damit es besser werde. Jeder tue seine Pflicht am 6. Juni, dem Schicksalstag des deutsches Volkes. N.

Altenkirchen. Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Altenkirchen, begann ihre Wahlarbeit am 5. Mai mit einem Vortrage des Herrn Nitschke, unseres Geschäftsführers. Er sprach im Kaisersaal,

Parteifreunde!

Der „Beobachter" ist die Waffe des gedruckten Worts, mit der wir im Wahlkampf streiten. Lest nicht nur den „Beobachter" sorgfältig, sondern gebt ihn auch weiter, damit uns Fernstehende unsere Anschauungen kennen lernen.

über die Grundsätze der Deutschen Volkspartei. Der Saal war gut besetzt, ein Beweis, welch großes Interesse der Deutschen Volkspartei auch in Altenkirchen entgegengebracht wird. Der Redner wies auf die letzten Wahlen im Januar 1919 (Nationalversammlung) hin und beschäftigte sich mit den damaligen Wahlaufrufen der Deutsch-Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei: „Friede, Arbeit, Brot" konnte man überall lesen und viele Hoffnungen waren auf diese Worte gesetzt. Wir haben den „Frieden" von Versailles, den Mordfrieden, an dem die Solidarität des Proletariats zerschellt. Statt Arbeit untergruben zahllose wirtschaftliche und politische Streiks unser Wirtschaftsleben. Unsere Brotration wird immer geringer und teverer. Das Schwärmen der Demo- für Wilson und seine 14 Punkte hat auch weite Kreise in dieser Partei enttäuscht. Am 27. November 1918 richtete die Deutsch-Demokratische Partei ein Huldigungstelegramm an Wilson, in dem sie jede Gemeinschaft mit jenen deutschen Volksgenossen ablehnte, die an ein starkes Deutschland glaubten. (Berl. Tageblatt, Morgenblatt vom 28. Nov 1918.) Die politische Entwicklung im Innern zeigte eine weitere Verschiebung des Schwerpunktes der Macht auf die linke Seite auf, wobei die Demokratische Partei als Schleppenträger der Mehrheitssozialdemokratie sich mitschuldig machte (Generalstreik während des Kapp-Putsches). Die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung hat doch weite Kreise aufgeweckt. Generalstreik, die Forderungen der Gewerkschaften, der Kommunistenputsch im Industriebezirk lassen nichts Gutes ahnen für die Zukunft. Hier muß ein geboten werden, wenn nicht Bolschewismus und roter Terror das Ende bilden sollen. „Der Wahltag ist also die Schicksalsstunde des deutschen Volkes." Die Deutsche Volkspartei tritt vor das Volk und will mitwirken am Wiederaufbau des Vaterlandes. Sie tritt ein für eine Versöhnung aller Schichten des Volkes, für eine Kammer der Arbeit, die berufsständische Ergänzung des politischen Parlaments. Sie fordert, daß die Parteipolitik aus der Wirtschaft und der auswärtigen Politik verbannt werde. Lebenserfahrung und persönliche Tüchtigkeit sollen zu ihrem Recht kommen. Der Landwirtschaft muß vor allem geholfen werden durch Zuführung von Düngemitteln und Saatgut, durch Abbau der Zwangswirtschaft und eine andere Preispolitik. Die Proletarisierung des Mittelstandes muß verhindert werden. Dem schwer ringenden Handwerk muß Hilfe kommen. Der Wiederaufbau kann nur getragen sein von sittlichen Kräften; zu erwecken sind sie nur durch eine von religiösem und vaterländischem Geist erfüllte Volkserziehung. Zurück zu den alten Idealen der Autorität, Ordnung, des Adels der Arbeit, der Sittlichkeit, Pflichttreue und wahrer deutscher Freiheit. Nicht Parteiwirtschaft, sondern Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte. In der Arbeit für diesen Wiederaufbau wollen wir mit allen zusammenwirken, die guten Willens sind.

An der Aussprache beteiligten sich ein Mehrheitssozialist und ein Unabhängiger, die mit ihren alten Schlagworten arbeiteten. Die feindlichen Brüder bekämpften sich selbst, so wenn der Unabhängige die heutige Regierung für die wirtschaftliche Teuerung verantwortlich machte. Interessant ist, daß er die Schuld am Kapp-Putsch dem System Noske zuschob und dabei von Baltikum-„gesindel" sprach. Seine Ausführungen ruhten immer auf dem „Was war früher?"

Nach diesen beiden Rednern sprach ein warmer Vaterlandsfreund, der unter starkem Beifall der Versammlung die eigentlichen Motive der heutigen Regierungsmänner aufdeckte. Durch seine Ausführungen ging ein warmer Strom von Vaterlandsliebe und Liebe zum Deutschtum.

Der Redner des Abends zeigte in seinem Schlußwort, daß uns heute nicht mehr die Frage beschäftigt „Was war früher", sondern „Wie ist es heute", eine Frage, der beide sozialistischen Redner hilflos gegenüberstanden. Vor allem fragt die Deutsche Volkspartei: „Wie wird es später werden?" Darüber muß sich heute jeder Deutsche Klarheit verschaffen. Die Unabhängigen erwarten alles Heil von der Sozialisierung, lehnen aber alle Verantwortung ab bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Sozialisierung allgemein durchgeführt ist. Der sittlich-religiöse, vaterländisch denkende und fühlende Deutsche trägt für jede seiner Handlungen jederzeit die Verantwortung. Die Unabhängigen wollen den Umsturz, um dadurch zur Macht zu gelangen. Es war für viele Zuhörer sehr lehrreich, zu hören, welchen Zielen die Unabhängigen nachstreben. Jeder Arbeiter, Bürger, Bauer hat die Pflicht, das höchste staatsbürgerliche Recht am Wahltag auszuüben, nämlich mit zu entscheiden, welchen Weg Deutschland für die Zukunft einschlagen soll. Soll Deutschlands Wiederaufbau, entgegen allen zerstörenden Kräften, die Versöhnung und nicht Verhetzung aller Schichten, die große Aufgabe Deutschlands, gelingen, dann trete man für die Deutsche Volkspartei ein, die diese beiden Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit stellt.

Reicher Beifall zeugte von dem tiefen Eindruck, die die Worte des Redners auf alle Zuhörer ausgeübt hatten. Die Deutsche Volkspartei in Altenkirchen aber erblickt in dem steigenden Interesse und der Teilnahme aller Kreise ein gutes Vorzeichen für die kommende Wahlarbeit und die Wahlen.

Tiefer hängen! Die Kriegshilfe vom Roten Kreuz und der Volksbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener veranstalteten am 13. Mai im Kaisergarten eine Begrüßungsfeier für unsere aus der Gefangenschaft heimgekehrten Brüder. Alle Kreise der Bevölkerung hatten gewetteifert, den Heimgekehrten Beweise des Dankes, der Liebe und der Anhänglichkeit zu erbringen. Es war ein Volksfest im besten Sinne des Wortes. Nur ein Mißklang störte den festlichen Gedanken: die Sozialdemokraten hatten in der Stadtverordnetensitzung den Antrag, zu den Kosten der Feier 2000 ℳ beizusteuern, abgelehnt!!! Gibt es einen deutlicheren Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie eine reine Klassenpartei ist, und daß sie aus dieser Parteihaut nicht einmal dann herauskann, wenn das Volk denjenigen Volksgenossen, die für uns gelitten und gedarbt haben, eine kleine Freude bereiten will?! Die Heimkehrer werden die Quittung dafür mit ihrem Wahlzettel leisten.

Bei Hurnsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingspor, 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Aktien-Commandit-Gesellschaft
Barmer Bank Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
Bilanz vom 31. Dezember 1919.

Soll.	ℳ	₰
Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	64 099 125	75
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	244 514 012	61
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	169 297 714	66
Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere	190 141 757	28
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	12 387 445	92
Eigene Wertpapiere	61 052 039	52
Beteiligungen an Gemeinschaftsgeschäften	9 420 769	43
Dauernde Beteiligung bei dem Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne	10 000 000	—
Außenstände in laufender Rechnung	531 864 035	84
Außerdem Aval- und Bürgschaftsforderungen M. 137 319 143.11		
Bankgebäude	10 977 600	—
Einrichtungen	1	—
Sonstige Liegenschaften	924 230	60
	1 301 668 732	61

Haben.	ℳ	₰
Aktien-Kapital M. 99 481 800.—		
Einlage-Rechnung der Geschäftsinhaber M. 518 200.—		
Verantwortliches Kapital	100 000 000	—
Rücklagen:		
a) ordentl. Rücklagen M. 14 925 000.—		
b) außerordtl Rücklagen „ 5 075 000.—	20 000 000	—
Gläubiger	1 092 622 625	66
Akzepte und Schecks	82 002 561	88
Außerdem Aval- und Bürgschaftsverpflichtung M. 137 319 143 11		
Rückstellung für Kriegssteuer	479 952	50
Rückstellung für Talonsteuer	801 638	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1914 18	77 957	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1918	8 500 000	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920	183 997	57
	1 304 668 732	61

Gewinn- u. Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1919.

Soll.	ℳ	₰
Verwaltungskosten	13 653 760	28
Reichs- und öffentliche Lasten	4 654 413	78
Abschreibung und Rückstellung auf Grundstücke u. Gebäude M. 118 359.14		
auf Talonsteuer „ 200 000.—	318 359	14
Reingewinn	14 632 753	23
	33 259 286	43

Haben.	ℳ	₰
Vortrag aus 1918	381 656	77
Gebühren-Rechnung	14 550 793	12
Zinsen-Rechnung	17 550 082	67
Gewinn auf Wertpapiere	776 753	87
	33 259 286	43

Barmen, den 20. Mai 1920.

Die persönlich haftenden Gesellschafter:

L. Krieri, Th. Klucker, M. von Rappard, Dr. Ed. Frhr. von der Heydt.

Gewerkschaft Neue Haardt
Weidenau (Sieg).

Unsere Gewerken werden hierdurch zu der am

Freitag, dem 11. Juni d. J., vormittags 11 Uhr

im Geschäftshause der Nationalbank in Berlin, Behrenstraße 68/69 stattfindenden

ordentlichen Gewerkenversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Betriebsjahr 1919.
2. Vorlage und Genehmigung des Jahresabschlusses.
3. Entlastung des Repräsentanten u. des Verwaltungsrates.
4. Wahlen zum Verwaltungsrat.
5. Wahl der Rechnungsprüfer für 1920. [†211

Weidenau, im Mai 1920.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Ludwig Horn.

Schreibmaschinen-Fräulein

sofort gesucht. (424

Rechtsanwalt Reichert,
Siegstraße 3.

Kaisergarten, Siegen.

Während der **Operetten-Spielzeit** vom 1. Juni bis 30. August

fallen die 5 Uhr-Tee-Konzerte in der Kaisergarten-Weinstube aus. [g304

Kranke

essen zur Kräftigung täglich

Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung

Urkraft



Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln zu 6 und 10 Mark in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an
Versandgewerke Oetker & Co. G.m.b.H.
Bielefeld.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Herren-, Damen- und Kinderstiefel

Anfertigung nach Maß.
Reparaturen werden sauber ausgeführt.

W. Schmidt Nachfolger
Inh. **Karl Pfeiffer**
Siegen, Kirchweg 3.
Telephon Nr. 1002.

Automobile

alle Typen
Vergaser, Magnete,
auch einzelne Teile
Zündkerzen
— neu und gebraucht —
kaufen ständig

Gebr. Lottes
Autowerkstätte
Siegen.

Offeriere zu Tagespreisen

Ia. Margarine
„ Speck
„ Schmalz

per Postkollo gegen Nachnahme.
Offerten an **Jean Losem,**
Siegburg, Kaiserstraße Nr. 73
Handelserlaubnis.

Haben abzugeben:

17 Korbflaschen, je 50 Ltr. Inh.
1000 Korken 20×18/15
1000 „ 20×20/17
1000 „ 20×22/18
1000 „ 22×23/17.
Schriftl. Angebote erb. unter C W 741 an die Gesch. d. Ztg.

Für Wirte!

empfehle meine Fabrikate in:

Lemon- und Himbeer-Quatsch.

Adam Hundhausen,
Neitersen, Westerwald,
Telephon 128 Amt Altenkirchen.

Flugblätter

in kleineren und

Massen-Auflagen

Stimmzettel usw.

liefert

Buchdruckerei W. Vorländer
Siegen.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen** werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. [258

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Zöpfe

in allen Farben und Preislagen.

Wilhelm Roscher jun.

Marburger Tor 9 :: Telephon 437.

Bandeisen, Bleche

in allen Abmessungen und Stärken liefern aus Lagervorrat oder kurzfristig [†296

Heßmer & Nickel,
Fernsprechanschluß 302. **Plettenberg.**